



Netzwerk
türkeistämmiger
MandatsträgerInnen

Pressemitteilung

Geschäftsstelle
c/o Deutsch-Türkisches
Forum Stuttgart
Europahaus
Nadlerstraße 4
70173 Stuttgart
Telefon 0711 · 24 84 99 51
Telefax 0711 · 24 84 99 52
E-Mail ntm@dtf-stuttgart.de

Stuttgart, 18. Februar 2014

„Vertrauen nicht verspielen - Keine Spielchen mit der doppelten Staatsbürgerschaft“

Im Koalitionsvertrag wurde hierzu festgehalten: "Für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern entfällt in Zukunft der Optionszwang und die Mehrstaatigkeit wird akzeptiert. Im Übrigen bleibt es beim geltenden Staatsangehörigkeitsrecht."

Nun liegt der Gesetzentwurf zum Optionsmodell aus dem Innenministerium vor. In diesem konstruiert Bundesinnenminister Thomas de Maizière mit dem Wort „aufgewachsen“ Hindernisse gegen die Abschaffung des Optionsmodelles.

Dazu äußert sich der Bundesvorsitzende des Netzwerkes türkeistämmiger Mandatsträgerinnen Ergun Can, wie folgt:

„Es ist kaum nachvollziehbar, was das Ziel eines solchen Gesetzesentwurfes zur vermeintlichen Abschaffung der Optionspflicht sein soll. Dieser Entwurf verhindert de Facto die im Koalitionsvertrag vereinbarte Abschaffung des Optionszwanges. Hier wird nicht nur weiterhin das Gleichstellungsprinzip ad absurdum geführt, hier wird einhergehend der ursprünglich formulierte politische Wille ins Gegenteil verkehrt. Denn es wird an einer Optionszeit zwangsläufig festgehalten werden müssen, damit am Ende die betroffenen jungen Menschen überprüft werden, ob sie denn überwiegend hier aufgewachsen sind.“

In Anbetracht des demografischen Wandels ist die Haltung von de Maizière unverantwortlich. Unser Land braucht junge Menschen und vertrauensbildende Maßnahmen wie die Abschaffung des Optionszwanges und nicht den Aufbau von Barrieren. Des Weiteren stellt sich für uns die Frage wer diesen Verwaltungsaufwand leisten kann in Anbetracht der Unterfinanzierung der Kommunalverwaltungen?

Wir fordern die Abschaffung des Optionszwanges und empfehlen dem Innenminister die Zusammenarbeit mit der thematisch zuständigen Staatministerin Frau Aydan Özoğuz in dieser Angelegenheit“.

Pressekontakt:

Ergun Can, Vorstandssprecher Netzwerk türkeistämmiger MandatsträgerInnen,
Stadtrat in Stuttgart (SPD), Mobil: 0172 7496973